



Was hinter den Milliarden steckt

Budget. Ein Vergleich der Konzepte von SPÖ und ÖVP zeigt: Steuern zu erhöhen ist leichter als sparen.

ANDREAS KOLLER

Die ÖVP reagierte am Montag nur leise auf die 24 Steuererhöhungsvorschläge, die am Morgen über das ORF-Radio durchgesickert waren. Nur Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl wagte sich aus der Deckung: Die Steuervorschläge der SPÖ „grenzen an Chuzpe“, wetterte er in einer Aussendung. Wem zur Budgetsanierung nichts anderes einfalle, als Steuern und Abgaben zu erhöhen, der habe „den Ernst der Lage noch immer nicht erkannt“. Nicht Steuererhöhungen, sondern Strukturreformen – so laute das Gebot der Stunde.

Soweit Leitl. Finanzministerin Maria Fekter war für die SN nicht zu sprechen. Auch ÖVP-Chef Vizekanzler Michael Spindelegger lehnte eine Kommentierung der SPÖ-Vorschläge ab.

Dabei würde es lohnen, nicht nur die Steuervorschläge der SPÖ, sondern die Sparvorschläge der ÖVP im Detail zu betrachten. Die aus der Denkerstube der Arbeiterkammer stammenden SPÖ-Vorschläge reichen von einer Vermögenssteuer (Freibetrag eine Million Euro), die 1,5 Mrd. Euro jährlich bringen soll, über eine Immobilien-Wertzuwachssteuer (600 Millionen) bis hin zu einer

Erbschaftssteuer für Häuslbauer

höheren Alkoholsteuer für harte Getränke (40 Millionen). Managerbezüge von über 500.000 Euro pro Jahr sollen von den Firmen nicht mehr steuerlich abgesetzt werden können (35 Millionen). Wer über 200.000 Euro im Jahr verdiene, dem solle künftig ein Spitzensteuersatz von 55 (bisher 50) Prozent auferlegt werden. Eine Neueinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuer solle 500 Millionen bringen. Als Freibetrag haben die roten Steuer-

Vorschläge der Koalition zur Budgetsanierung

Höhere Einnahmen, geringere Ausgaben pro Jahr

SPÖ-Steuerideen (Auswahl)

Höhere Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne (25 auf 28%)

400 Mill. Euro

Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Freibetrag 300.000 Euro)

500 Mill. Euro

Vermögenssteuer auf privates Vermögen (Freibetrag 1 Mill. Euro)

1,5 Mrd. Euro

Steuer auf Immobilien-Wertzuwächse (u. a. Umwidmungsgewinne, Streichung Spekulationsfrist)

600 Mill. Euro

Erhöhung Grundsteuer (Hebesätze verdoppelt)

400 Mill. Euro

Solidarzuschlag zum Spitzensteuersatz ab 200.000 Euro

100 Mill. Euro

Ökologisierung der Landwirtschaft (Angleichung Kfz- und Mineralölsteuer für Bauern)

220 Mill. Euro

Grafik: SN/APA, Quelle: APA



ÖVP-Sparpläne



ÖBB Personalstand und Frühpensionen reduzieren, Nebenbahnen ausschreiben, nicht benötigtes Vermögen verkaufen

1 Mrd. Euro mittelfristig

Pensionen höhere Abschläge bei Frühpension, höheres Frauenpensionsalter, Pensionsantrittsalter soll bis 2020 um vier Jahre steigen

7 Mrd. Euro ab 2020

Förderungen Reduktion der Gesamtausgaben von 18 Mrd. Euro um 10-15%

1,8-2,7 Mrd. Euro mittelfristig

Beamtendienstrecht Höhere Einstiegsgehälter, flachere Gehaltskurve, höhere Lehrverpflichtung für Junglehrer

Sparpotenzial nicht beziffert (kurzfristig Mehrkosten)

Gesundheits- und Verwaltungsreform

Maßnahmen/Sparziel nicht beziffert

Interview

„Keine Steuern für Unfug Hacklerregelung“

Hannes Androsch (SPÖ), langjähriger Vizekanzler und Finanzminister und heute erfolgreicher Industrieller, hält wenig von Steuererhöhungen.



HANNES ANDROSCH

SN: Was halten Sie von den Steuerideen der SPÖ?

Androsch: Eine Budgetkonsolidierung ist mit einer Sammlung wenig überlegter Steuerideen nicht zu machen. Wir sind schon jetzt ein Hochsteuerland. Weitere massive Steuererhöhungen würden das Wachstum gefährden – und damit die Budgetkonsolidierung.

SN: Was halten Sie von „Reichensteuern“?

Androsch: Die kann man aus steuerpsychologischen Gründen meinetwegen erhöhen. Aber parallel dazu muss es ein Wachstumsprogramm geben, weil ohne Wachstum keine Konsolidierung möglich ist. Es ist wie im Motorsport, die Regierung muss in der Kurve gleichzeitig bremsen und Gas geben.

SN: Was raten Sie konkret? Wo muss man ansetzen?

Androsch: Nachdem man 20 Jahre lang ohne Rücksicht auf Verluste die Schulden explodieren hat lassen, ist nun eine echte Kehrtwendung notwendig. Man kann nicht neue Steuern erfinden, um beispielsweise den Unfug mit der Hacklerregelung oder den Missbrauch von Arbeitslosengeld zu finanzieren. Unsere Budgetprobleme kann man weder mit Optik noch mit Kosmetik lösen. Wer einen Cappuccino machen will, braucht vorwiegend Kaffee und Milchschaum. Die Regierung begnügt sich damit, ein wenig Kakaopulver zu verstreuen.

SN: Sie kritisieren die Hacklerregelung. Dabei ist die doch ein Herzensanliegen Ihrer Partei!

Androsch: Die Hacklerregelung war eine Forderung der FPÖ. Sie ist die Erfindung von Schüssel, Grasser und Haider. Warum wir (die SPÖ, Anm.) das verteidigen, verstehe ich nicht. Viel wichtiger wäre, den Standort Österreich wettbewerbsfähig zu erhalten. Doch was passiert? Man kürzt bei der Akademie der Wissenschaften und bei der Forschung. Das ist der verkehrte Weg. a. k.

strategien übrigens nur 300.000 Euro vorgeschlagen, was bedeuten würde, dass manch Einfamilienhaus und manch Eigentumswohnung nicht mehr steuerfrei an die Kinder weitergegeben werden kann.

Insgesamt hat die Arbeiterkammer ein Steuererhöhungspotenzial von 4.525 Mrd. Euro ausgemacht, das ist mehr als das Doppelte des von der Regierung verkündeten jährlichen Sanierungsbedarfs.

Dies zur SPÖ. Was bei den ÖVP-Sparvorschlägen auffällt: Sie reichen nicht annähernd aus, das angepeilte Sanierungsziel (zwei Milliarden pro Jahr) zu erreichen. Bei ÖBB zu sparen, geht nicht von

Sparen wirkt nicht von heute auf morgen

heute auf morgen. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, für die die ÖBB Steuergeld beziehen, sind durch langjährige Verträge gesichert. Und die bereits in Pension befindlichen Eisenbahner pochen auf den Vertrauensschutz, der wohl auch vom Verfassungsgerichtshof garantiert würde. Für das Budget 2012 ist hier also nicht viel zu holen.

Das Gleiche gilt für Einsparungen bei den ASVG-Pensionisten: Schlagartige Verschlechterungen wären verfassungswidrig. Das sieht auch die ÖVP so, die davon ausgeht, erst ab 2020 hier wirklich große Summen zu holen. Auch Reformen bei Beamten, Lehrern und in der Verwaltung führen (bestenfalls) erst in etlichen Jahren zu spürbaren Einsparungen.

Der Sprecher des Bundeskanzlers, Nedeljko Bilalic, legte im SN-Gespräch Wert auf die Feststellung, dass die durchgesickerten SPÖ-Vorschläge keine offiziellen Forderungen der Partei seien, sondern lediglich eine Auflistung möglicher Potenziale für Steuererhöhungen. Das betonte auch Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im Gespräch mit der APA: Die von den roten Experten über Steuererhöhungen angepeilten 4.525 Milliarden seien ein „Maximalbetrag“.

Nicht alles werde gleichzeitig umgesetzt werden können, „das wäre auch nicht sinnvoll“, sagte Schieder. Es handle sich um ein „Diskussionspapier mit einer Liste von Vorschlägen“.